

Antrag

des Abgeordneten Horacek und der Fraktion DIE GRÜNEN

Repräsentation der Bundesrepublik Deutschland im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Initiative der evangelischen St. Katharinengemeinde, Frankfurt am Main, und der Lagergemeinschaft Auschwitz Münzenberg 1 zur Erarbeitung und Ausstattung einer Repräsentation der Bundesrepublik Deutschland im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz zu unterstützen, aktiv voranzutreiben und die finanziellen Mittel dafür bereitzustellen.

Bonn, den 2. Januar 1985

Horacek
Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz haben eine Reihe von Staaten, u. a. Österreich, Belgien, die Niederlande, Dänemark, Italien, Bulgarien, die CSSR, Ungarn, Frankreich, Spanien, die UdSSR, Ausstellungsräume gestaltet, die den antifaschistischen Widerstand dieser Völker oder Staaten dokumentieren. Über Verfolgung, Leiden, Widerstand und Tod deutscher Frauen und Männer in Auschwitz hat die DDR zwar eine Dokumentation erstellt, eine entsprechende Darstellung durch die Bundesrepublik Deutschland fehlt.

Wenn die Bundesrepublik Deutschland glaubwürdig bleiben will als ein Staat, der die Aussöhnung zwischen den Völkern Osteuropas und dem deutschen Volk als ein Bestandteil europäischer Friedenspolitik begreift, dann muß die Bundesrepublik Deutschland sich für eine eigene Repräsentation in Auschwitz einsetzen.

Eine solche staatliche Repräsentation kann sich auf die verschiedenen Initiativen, vor allem der Lagergemeinschaft, Aktion Sühnezeichen, Pax Christi, Zeichen der Hoffnung, stützen, kann

diese mit der Ausführung beauftragen, kann mit ihnen und anderen beraten, welche konkrete Gestalt eine solche Repräsentation annehmen soll.

Die gesellschaftlichen Initiativen können aber eine staatliche Repräsentation nicht ersetzen.

Falls es bei der Realisierung eines solchen Projektes Bedenken von seiten der polnischen Regierung gibt, wären solche Bedenken offen im Deutschen Bundestag darzustellen, um gemeinsam zu beraten, wie auf sie reagiert werden soll.